

# DIE UNIVERSITÄT ALS WAHRHEITSINSTANZ<sup>1</sup>

JOHN AUBREY DOUGLASS

Wir leben in einer Zeit des Aufstiegs neuer nationalistischer Bewegungen und des weltweiten Trends zu autokratischen Regierungen. Mit welchen innovativen Ideen kann die Universität diese Angriffe auf offenen Gesellschaften engagierter und einflussreicher bekämpfen und so insgesamt besser zu intakten Demokratien beitragen?

Bei der kurzen Erörterung dieses Themas ist es wichtig festzustellen, dass Universitäten in liberalen Demokratien, selbst in den bedrohten, viel mehr Handlungsspielraum für Veränderungen haben, als Universitäten, die unter schwierigen Umständen in zunehmend autokratischen Ländern operieren; ein Thema, mit dem ich mich bereits in früheren Aufsätzen beschäftigt habe.<sup>2</sup> Daher fokussiere ich mich in diesem kurzen Aufsatz auf den Bereich funktionstüchtiger Demokratien, mit all ihren Tücken und Schwächen.

1 Aus dem Englischen von Klara Vanek

2 Vgl. John Aubrey Douglass, *Neo-Nationalism and Universities: Populists, Autocrats, and the Future of Higher Education*, Johns Hopkins University Press, Open Access Project Muse, 2021. Vgl. außerdem meine Beiträge: What is the fate of Hong Kong's universities under Xi?, *University World News*, November 3, 2021; What's New About Neo-Nationalism? Autocrats Are Ancient. But Globalization, Migration, and Technology Are Giving Them Fresh Power, *Zocalo Public Square*, December 13, 2021; Under attack: universities and neo-nationalist movements, *University World News*, September 4, 2021; A Bolsonaro defeat will not fully undo his damage to Brazilian science: Deep cuts may be reversed, but the Brazilian president's anti-science rhetoric will do lasting damage, *Times Higher Education*, December 10, 2021; How Will "Benedict" Trump Be Remembered? The January 6 Coup Attempt in Historical Perspective, *LA Progressive*, February 3, 2022.

In liberalen Demokratien verfügt die Universität als Ankerinstitution über einen Grad an Einfluss, der in Nationalstaaten einzigartig ist. Allerdings sehen viele in ihr auch eine elitäre Einrichtung, die Ungleichheiten verstärkt und als Instrument von Globalisten fungiert, die die Bedürfnisse und Probleme lokaler Gemeinschaften im gnadenlosen Streben nach offenen Märkten und internationalen Netzwerken übergehen. Insbesondere die neuen nationalistischen Populisten und Politiker stellen die Universität gerne als wichtiges Rädchen im Getriebe eines „deep state“ dar, als einen illiberalen öffentlichen Raum, der abweichende Meinungen nicht toleriert und immer stärker von linken Akteuren beherrscht wird – eine Ansicht, die in abgeschwächter Form durchaus auch Politiker mit gemäßigeren Überzeugungen und Zugehörigkeiten vertreten.

Zum Teil liegt die Ursache dafür in der universitären Welt selbst, die ihr lokales Erscheinungsbild tatsächlich oftmals in seiner Bedeutung unterschätzt. Außerdem versteift sich die wissenschaftliche Community zuweilen auf liberale Bekenntnisse und reagiert vielfach allzu reaktiv auf Kritik von Rechts und aus Kreisen der Politik, was alles zusammen den politischen und identitären Tribalismus fördert und integrative Vorstellungen von demokratischen Werten aushöhlt. Von Cancel Culture und Gender-Fluidität über ein ziemlich weit gefasstes Verständnis von Hassrede bis hin zu einer Sprachpolitik mit Triggerwarnungen – es lässt sich darüber streiten, was davon gerechtfertigt ist, was für skurrile Anekdoten taugt und was wirklich problematisch ist. Mit Bestimmtheit lässt sich allerdings sagen, dass die negative Wahrnehmung von Akademiker:innen und der Universität zunimmt, von überwiegend rechten Medien und sozialen Netzwerken angeheizt wird und zum Teil nicht ganz unbegründet ist. Das stellt deswegen ein wirkliches Problem dar, weil dadurch die Glaubwürdigkeit der Universität in der breiten Öffentlichkeit erodiert.

Doch das ist noch nicht alles. In Folge der Tragödie des Hamas-/Gaza-/Israelkriegs kam es auf dem Campus an vielen großen Universitäten in den USA und in Europa zu einem beispiellosen Aufruhr von konfligierenden Demonstrierenden. Aus unversöhnlichen pro-israelischen und pro-palästinensischen Ansichten entstanden Demonstrationen und Gegendemonstrationen, auf denen Studierende gegen Studierende

gehetzt und Universitätsangehörige gegen ihre Kolleg:innen ausgespielt wurden. Das mündete in eine reduktionistische und oftmals destruktive Atmosphäre an den Universitäten, in der diejenigen nicht gehört wurden, die sich einfach nur für ein Ende des Krieges und für Frieden einsetzten und alle Kriegsparteien verurteilten, die Massenmorde begehen. Vor dem Hintergrund von gewalttätigen Auseinandersetzungen, dem Einsatz sozialer Medien zur Verbreitung von Desinformation, von oftmals kopflosen Demonstrationen, von hasserfülltem Bloßstellen und „Doxing“ im Netz und ähnlichem war der Slogan „Gib dem Frieden eine Chance“ in den Untiefen der Geschichte sang- und klanglos verschwunden. Der von den Universitäten geförderte soziale Aktivismus entglitt ganz offensichtlich in offene Intoleranz.

Mit der Vehemenz der Auseinandersetzungen entstand vor allem in den USA, aber auch in Europa ein Bild der Universität als Ort der Intoleranz – auch wenn die politischen Aktivist:innen, die ihre Stimme laut erhoben, unter den Universitätsangehörigen eigentlich eine Minderheit darstellten. Intoleranz ist ein Thema, das in rechtsgerichteten Medien und bei politischen Anhörungen der Regierung bereitwillig aufgegriffen wird, was zu einem noch nie dagewesenen Glaubwürdigkeitsdefizit der Universitäten und ihrer wichtigsten Köpfe beigetragen hat – es wird bestimmt Jahre brauchen, um dies (hoffentlich) wieder zu beheben.

Infolge des wachsenden globalen wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerbs und der geopolitischen Spannungen mehren sich derzeit die Anzeichen für eine Situation, die sich als ein neuer Kalter Krieg bezeichnen lässt, der auch an der Universität ausgefochten wird. Chinas Aufstieg samt seiner wachsenden wirtschaftlichen Ambitionen, seiner Soft Power-Strategie und seiner militärischen Machtdemonstrationen, daneben Russlands illegitimer Angriffskrieg gegen die Ukraine: Das sind politische Neukonstellationen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Universitäten, die an den ersten Kalten Krieg erinnern – und doch ist alles anders. Nach einer Zeit der Integration erleben wir nun eine Welt der eskalierenden Wirtschaftssanktionen, der Visabeschränkungen, des Krieges und der gescheiterten staatlich gelenkten Diaspora, was mit wachsenden Sorgen vor wirtschaftlicher, politischer und universitärer Spionage und Täuschung einhergeht.

Angesichts dieser Turbulenzen sollten wir hoffen, dass die Universität eine zentrale und herausgehobene Rolle bei der Unterstützung der offenen Gesellschaft und der Demokratie übernehmen kann. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse und andere Formen von neuem Wissen, das die Universität generiert, besitzen das Potenzial, den verantwortungsvollen öffentlichen Diskurs voranzutreiben oder zumindest Einfluss auf ihn zu nehmen; wichtige Themen reichen hier von Klimawandel, sauberer Energie und Nachhaltigkeit über Pandemien, Armut, Rassismus, Einwanderung und die Technikfolgenabschätzung bis hin zu übergeordneten Fragestellungen wie die Förderung von rationalem Denken und Politikgestaltung.

Über Jahrzehnte hinweg haben politische Beobachter nicht nur die Macht des rationalen Denkens, sondern auch der kompetenten Kommunikation gepriesen, um gegenseitiges Verständnis und konstruktiven sozialen Wandel herbeizuführen. Vergessen Sie für den Moment die vielen Fehlentwicklungen in den sozialen Medien und die staatlich kontrollierten Narrative, die Unwahrheiten in orwellischen Dimensionen verbreiten, so wie es Donald Trump, Viktor Orbán, Wladimir Putin, Xi Jinping und andere Demagogen und Autokraten praktizieren. Trotzdem und gerade deswegen bleiben Konzepte der freien und offenen Kommunikation als Grundpfeiler alter und neuer Demokratien weiterhin relevant.

Wenn wir an dieser Idee festhalten und hoffen, dass die Universität weiterhin eine wichtige Quelle für Wahrheit und Wissen sowie des zivilen Diskurses bleibt, dann sollte sie, wie bereits erwähnt, nach Wegen suchen, um ihre Glaubwürdigkeit zu stärken und ihre Rolle sowie ihren Einfluss in der Gesellschaft auszuweiten. Das Festhalten an wirklichkeitsfernen Vorstellungen von der akademischen Welt als ein von der Gesellschaft abgehobener Elfenbeinturm ist völlig veraltet. Die Universität kann ihre Autonomie beibehalten, aber sie braucht zugleich eine breitete Vision, wie sie den öffentlichen Diskurs mitgestalten will, selbst wenn dies zuweilen an die Grenzen ihres Ethos der Überparteilichkeit stößt.

Die Veränderung der internen Universitätskultur und die Entschärfung der negativen Wahrnehmungen stellt eine immense Herausforderung und ein langfristiges Projekt dar. Doch meiner Meinung nach führt kein Weg daran vorbei, dass sich die Universität erneuern und wesentlich mehr

dafür tun muss, um die Demokratie zu unterstützen und ihre eigene Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Aber wie?

## Der Weg der Universität zu mehr Einfluss

Natürlich hängen die Rolle der Universität in der Gesellschaft und der Grad ihrer Autonomie weitgehend von den nationalen politischen Bedingungen ab, in denen sie sich jeweils befindet. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten sind von Faktoren bestimmt, die sich als Indikatoren für gesunde Demokratien und als ihre Werte bezeichnen lassen. Dazu zählen eine gerechte und unparteiische Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte, ein freier *und* verantwortungsvoller Nachrichten- und Mediensektor, eine unabhängige Zivilgesellschaft, faire Wahlen, stabile Volkswirtschaften sowie vertrauenswürdige Regierungen und öffentliche Institutionen.

Die Universität kann ein wichtiger Akteur in der Demokratie sein und ihre Vitalität entscheidend beeinflussen. Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Institution allein kein Allheilmittel dafür darstellt, funktionierende Demokratien zu erhalten, wiederherzustellen oder neu zu erfinden. Aber ihre Rolle ist vielfältig. (Lassen wir für den Moment historische Beispiele von Universitäten bei Seite, die als Katalysatoren und als Hort des Widerstands gegen autokratische Regierungen wirkten – was im Zeitalter des autokratischen technologischen Überwachungsstaates schwieriger zu wiederholen sein könnte.)

In diesem Rahmen existieren für die Universität in der liberalen Demokratie zahlreiche Wege, eine konstruktive Rolle bei der Unterstützung und Förderung der offenen Gesellschaft und der Demokratie zu spielen. Sie kann den künftigen Bürger:innen und Führungskräften den Wert gesunder Demokratien und deren Mechanismen noch besser vermitteln. Sie kann ihre Funktion als offener Markt für politische und soziale Ideen deutlicher profilieren und Maßnahmen dafür umsetzen. Und sie kann einen stärkeren Fokus auf Forschung und Wissensentwicklung legen, die die Gemeinschaften vor Ort unmittelbar betreffen. Das beginnt bei der wissenschaftlichen Erforschung der lokalen Auswirkungen des Klimawandels und reicht über Studien zur Milderung sozioökonomischer Ungleichheiten bis hin zur Geschichte und Kultur einer Region.

Darüber hinaus kann die Universität versuchen, sich aktiver in öffentliche Einrichtungen einzubringen: Es geht darum, die Einrichtungen zu unterstützen und damit, so die Hoffnung, sowohl ihre Effizienz als auch ihre Glaubwürdigkeit zu steigern. Die Universität kann auch ihr Engagement im Bereich des lebenslangen Lernens und anderer Formen von Bildungsdienstleistungen steigern und so besser den Bedürfnissen der Öffentlichkeit entsprechen, ihre Netzwerke und ihren Einfluss ausbauen.

Solche Aktivitäten bieten auch Möglichkeiten für internationales Engagement und Netzwerke, die den lokalen Gemeinschaften helfen können, die Welt besser zu verstehen, kulturelle Vielfalt zu schätzen und zuweilen auch dazu beizutragen, den lokalen Bedarf an Arbeitskräften und anderen wirtschaftlichen Ressourcen zu decken. Denn die Universität spielt auch eine immer wichtigere Rolle bei der Förderung einer gesunden regionalen Wirtschaft. Wir wissen aus der Geschichte, dass der Zusammenbruch von Volkswirtschaften und schwere wirtschaftliche Krisen, die große Teile der Bevölkerung eines Landes betrafen, den Nährboden für Faschismus und andere Formen autokratischer Herrschaft bildeten – also eine der Voraussetzungen für einen völlig aus dem Ruder gelaufenen Nationalismus (Galston und Kamarck, 2022). In ihrem Buch *Why Nations Fail* (Warum Nationen versagen) skizzieren Daron Acemoglu und James Robinson diese Beziehung zwischen wirtschaftlichem Wohlergehen und politischer Verantwortung (Acemoglu und Robinson, 2012).

Die Universität kann und sollte Wege für sozioökonomische Mobilität und für die Verringerung der Einkommensungleichheit aufzeigen; ihre Aufgabe ist es, Bürger:innen auszubilden, Arbeitskräfte zu qualifizieren und neues Wissen zu generieren, das Wirtschaftswachstum und kompetente Regierungen unterstützt; sie formuliert konstruktive Gesellschaftskritik, die für die Aufrechterhaltung der politischen Verantwortung wichtig ist. Keine andere Institution, egal ob öffentlich oder privat, spielt eine so vielseitige und entscheidende Rolle für die demokratische Gesellschaft. Globale Herausforderungen besitzen fast immer eine lokale Dimension. Dies zu beleuchten sollte eine Aufgabe der Universität sein.

Zu guter Letzt können wissenschaftliche Communities konstruktive Kritik an der Gesellschaft, den politischen Akteuren und ihrer Politik üben (und tun dies häufig auch schon). Die Universität kann als „Wahr-

heitsinstanz“ fungieren, die gefährliche populistische Rhetorik entlarvt und versucht, Demagogen und ihre Anhänger, die die demokratischen Gesellschaften aushöhlen wollen, damit zu konfrontieren. In allgemeiner Hinsicht geht es darum, detaillierte Einsichten über die aktuellen Herausforderungen für die Gesellschaft zu gewähren. Diese Rolle ist in allen Gesellschaften von entscheidender Bedeutung, ob es sich nun um eine verhältnismäßig gesunde liberale Demokratie handelt oder um eine, die in ein autoritäres Regime abzugleiten droht, oder gar um eine wirkliche Autokratie – wobei die Grenzen dieser Rolle gegenüber entstehenden und voll entwickelten Überwachungsstaaten anerkannt werden müssen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine lebendige offene Gesellschaft nicht nur von institutionellen Akteuren und Mechanismen wie freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Gerichten abhängig ist, die die bürgerlichen Freiheiten schützen, sondern auch von einer Kultur der Bürger:innenbeteiligung, Toleranz und Inklusion sowie von Ansätzen für sozioökonomische Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Hier sticht die moderne Universität als einzigartige Einrichtung hervor, die vielfältige Möglichkeiten besitzt, Demokratien und die Zivilgesellschaft konstruktiv zu fördern – auch wenn dies freilich gelegentlich komplizierte politische Folgen nach sich zieht und mit Forderungen nach Einschränkungen ihrer finanziellen Ressourcen einhergehen kann.

Universitäten mit einem Selbstverständnis als führende regionale und nationale Institutionen rege ich gerne dazu an, darüber nachzudenken, in welcher Weise sie das Leben Bürger:innen positiv beeinflussen können, sei es in einer Region, in einem Staat oder in einer Nation, sei es in einer anderen Definition von Interessengruppe oder Gemeinschaft, der sie dienen sollen.

Der Kürze halber konzentriere ich mich nachfolgend auf zwei mögliche „Interventionen“ der Institution Universität: auf die thematische Ausweitung der Forschungs- und Wissensproduktion sowie auf die höchst dringliche Verbesserung ihrer Kommunikation, mit der sich die Überzeugungskraft und Legitimität von Politikgestaltung und öffentlichem Diskurs erheblich steigern lässt. Ziel ist es, die Universität dazu zu bewegen, eine Institution mit größerer Wirkung und Sichtbarkeit zu werden, die in der Lage ist, den öffentlichen Diskurs zu verbessern. Das ist keine leichte

Aufgabe. Ähnlich wie die anderen Interventionen für die Demokratie, die in diesem Buch vorgeschlagen werden, ist die Realität, dass Universitäten nur begrenzte Möglichkeiten haben, Demokratien direkt oder unmittelbar positiv zu beeinflussen: Aussichtsreicher sind immer vielfältige und ganzheitliche Ansätze, die langfristiger angelegt sind.

### Forschung für das Gemeinwohl

Die Universität sollte ihre Forschung und Öffentlichkeitsarbeit schlüssig und zielgerichtet ausbauen, so dass die Region vor Ort und ihr regionales Einzugsgebiet wirtschaftlich und sozial davon profitieren können. Auch wenn viele Universitäten bereits entsprechende Anstrengungen unternehmen, so hakt es dabei oftmals an mangelndem Fokus und an unausgeregten Konzepten von sozioökonomischem Engagement.

Ein Hindernis stellt dabei wie bereits erwähnt die interne Universitätskultur dar, die dazu neigt, das lokale Engagement unterzubewerten. Wenn sie ihr lokales Wirken und Profil verbessern will, muss die Universität und ihre wissenschaftliche Community zumindest teilweise umdenken und das mantraartige Beschwören von globalen Rankings und internationalen Zitationsindizes als Qualitätsindikatoren relativieren. In ihrer konkreten Einstellungs- und Förderungspolitik gilt es mehr Wert auf Forschung zu legen, die stärker auf lokale und regionale Probleme bezogen ist. Denn die globalen Herausforderungen, die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen formuliert sind, lassen sich, wenn auch nicht ausschließlich, so doch wesentlich auch auf lokaler Ebene anwenden.

Von den schädlichen Auswirkungen von Rankings und Exzellenzmodellen wie der „Weltklasseuniversität“ mal abgesehen, zeichnet sich akademische Kultur durch die historische Bedeutung der Autonomie der Universität gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Kontext aus. In dieser Hinsicht sorgen utilitaristische Vorschläge, die für eine stärkere Einbindung in die Gesellschaft plädieren, für einige Unruhe, vor allem wegen möglicherweise damit einhergehender Interessenskonflikte. Es handelt sich jedoch um kein Entweder-Oder: Mit den richtigen Governancestrukturen und internen Richtlinien für Verhaltensweisen kann die Universität ihren Einfluss mit Bedacht ausweiten.

Die Universitäten müssen konkrete Strategien und Praktiken entwickeln, die mehr Klarheit über die Rolle und Erwartungen an die Universitätsangehörigen bei der Erfüllung des universitären Auftrags schaffen. Glaubwürdige Bemühungen sollten sich vom starren Denken des öffentlichen Dienstes und einer Beamtenmentalität verabschieden, in der beispielsweise Beförderungen des Lehrpersonals ausschließlich vom Dienstalter abhingen. Notwendig ist vielmehr ein universitär gesteuerter Prozess der Begutachtung vor und nach der Anstellung, bei dem die Forschungstätigkeit auf der Grundlage eines differenzierten Verständnisses – und unter Berücksichtigung des Konzepts der engagierten Wissenschaft – beurteilt wird.

Jenseits der reinen Anzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen muss bei der Einstellung und Beförderung von Wissenschaftler:innen auch der Nachweis und die Erwartung von Kreativität und Innovation berücksichtigt werden. Dies bedeutet nichts weniger als einen einschneidenden Wandel der wissenschaftlichen Kultur, die bislang auf ein beschränktes Konzept wirtschaftlichen Einflusses festgelegt ist, das an Zitationsrankings gebunden ist. An Forschungsuniversitäten lassen sich die Tätigkeiten des wissenschaftlichen Personals in acht Bereiche fassen: Lehre, Mentoring, Forschung, akademisches Unternehmertum, Forschungskompetenz, Vortragstätigkeit, Universitätsverwaltung und Öffentlichkeitsarbeit. Dabei hängt die Gewichtung der einzelnen Bereiche vom jeweiligen Fachgebiet ab sowie von den Interessen, Fähigkeiten und dem Stadium der akademischen Laufbahn der Forschenden.

Um Einfluss auf das Verhalten des wissenschaftlichen Personals zu erhalten, bedarf es erheblicher Anstrengungen von Seiten der Institution Universität, aber auch die Forschenden selbst müssen dazu bereit sein, sich stärker in eine Kultur einzubringen, die vielfältiges öffentliches Engagement wertschätzt. Deswegen sollte der reduktionistischen Beschränkung auf die Anzahl von Zitationen widerstanden werden, die derzeit sowohl von den Universitätsleitungen als auch von den Regierungen im Streben nach besseren kommerziellen Rankings gefördert wird. Im Kern geht es darum, dass an vielen Einrichtungen der übergeordnete Auftrag der Universität und die interne Kultur der Universitätsangehörigen

auseinanderklaffen. Um die Gesellschaft voranzubringen, woran die Universität einen wichtigen Beitrag hat, sollte dies miteinander in Einklang gebracht werden.

### Auf der Suche nach der Macht der Überzeugung

Die Universität muss zudem systematischer über ihre Kommunikationsstrategien und ihr Überzeugungsvermögen nachdenken. Eine naheliegende Aufgabe sollte darin bestehen, mit größerer Klarheit zu formulieren, an welche gesellschaftliche Gruppen sich die Universität richtet, welchen Gemeinschaften sie helfen und wen sie – ob nun in Hamburg oder Berkeley – ansprechen möchte.

Dies lässt sich erreichen, indem sich die Forschenden und Universitätsvertreter:innen stärker dort einbringen, wo sich der Dialog fördern lässt, das heißt in lokalen Medien, politischen Prozessen und auf öffentlichen Veranstaltungen. So können sie ihre Forschung und wissenschaftlichen Erkenntnisse vermitteln sowie ihr Wissen und ihre Ressourcen auf lokale Bedürfnisse und Anliegen übertragen. Dabei ist es wichtig, dass sie auch in allgemeinerer Hinsicht sorgfältig darüber nachdenken, wie sie ihre Rolle als Forschende und Schöpfer:innen von Wissen und Fachkenntnissen mit ihrer potenziell politischen Rolle in Einklang bringen wollen.

Universitäten benötigen professionell erstellte Kommunikationspläne – und zwar sowohl für einzelne Disziplinen (etwa für medizinische Zentren) als auch fakultätsübergreifend – die zum einen die Beziehung zur allgemeinen Politik betreffen und auf die Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in konkreten politischen Entscheidungsprozessen auf lokaler oder nationaler Ebene zielen, zum anderen die interne Kommunikation an der Universität selbst zum Gegenstand haben. Solche Kommunikationspläne sollten die Beziehungen zu den Universitätsalumni immer mit einschließen und niemals außer Acht lassen, dass die Studierenden enorm wichtig sind – auch wenn es darum geht, Unterstützung für die Universitäten zu gewinnen und ihre Glaubwürdigkeit durch Innovationen in den Curricula zu erhöhen, etwa durch gemeinwohlorientiertes Service-Learning sowie

Freiwilligenarbeit und Praktika von Studierenden in lokalen Behörden, in Schulen und im privaten Sektor.

Es gibt Wissenschaftler:innen, die ein hervorragendes Gespür dafür besitzen, wie sie ihre Forschung der Öffentlichkeit verständlich machen können. Andere jedoch, die darin weniger begabt sind, brauchen Ermutigung und Unterstützung. Der Gründungsdirektor des NEW INSTITUTE Wilhelm Krull und sein Kollege Thomas Brunotte beobachten, dass „Universitäten immer noch einem linearen Sender-Empfänger-Modell der Kommunikation verpflichtet sind“, und plädieren dafür, dass „ein offener Dialog den traditionellen Monolog ersetzt“ (Krull und Brunotte, 2021).

Wie gut oder schlecht Akademiker:innen mit der Außenwelt kommunizieren, war Gegenstand einer Studie, die die National Academy of Sciences in den USA veröffentlichte. Darin heißt es, kurz gefasst, dass die Universitäten besser verstehen lernen müssen, warum manche Menschen wissenschaftliche Erkenntnisse leugnen und öffentlichen Einrichtungen misstrauen (Philipp-Muller et al., 2022). Der Bericht empfiehlt den Universitäten, ihre Forschungsanstrengungen und Dienstleistungen (etwa ihre Beratung von Kommunalverwaltungen) stärker auf Themen auszurichten, die für die lokalen und regionalen Gemeinschaften unmittelbar relevant sind; außerdem sollten die universitären Akteure vor Ort, also Wissenschaftler:innen und Studierende der örtlichen Universität, die als Mitglieder in den lokalen Gemeinschaften leben, mehr Einfühlungsvermögen im Umgang mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufbringen.

Der Bericht der National Academy of Sciences stellt außerdem fest, dass die Hochschulakteure die sozialen Identitäten und Denkweisen der verschiedenen Gemeinschaften besser beachten müssen, wenn sie beispielsweise Leugner:innen des Klimawandels erreichen wollen: Es bestehe häufig eine „fehlende Übereinstimmung zwischen der Vermittlung der wissenschaftlichen Botschaft und dem epistemischen Stil des Empfängers“ (ebd.). Wissenschaftliche Communities sollten differenzierter und, offen gesagt, auch analytischer über ihre argumentativen Strategien nachdenken. Entsprechend formuliert einer der Autor:innen des Berichts: „Botschaften, die ‚pro Wissenschaft‘ sind, können mit einschließen, dass

es berechnete Bedenken auf der anderen Seite gibt, sollten aber erklären, warum die wissenschaftliche Position vorzuziehen ist“ (ebd.).

Die Universität und ihre wissenschaftliche Community sollten einen Teil ihrer Kommunikationsanstrengungen auf die „Beziehungen zur Politik“ verwenden. Dazu gehört der direkte Kontakt zu Entscheidungsträger:innen in Regierung und Parlament, die Überwachung des Gesetzgebungsprozesses und die Suche nach Wegen für die Vertretung der eigenen Interessen in der Politik, ob es nun um Wahrung der akademischen Freiheit und Autonomie der Institution geht oder um das Einwerben von Finanzmitteln. Die Universitäten in liberalen Demokratien neigen dazu, solche proaktiven Strategien zu vermeiden und im Namen ihrer Autonomie Abstand zum politischen Geschehen zu wahren. Diese Haltung erweist sich jedoch zunehmend als naiv. Um die Demokratie zu schützen, müssen sich die einzelnen Universitäten strategisch stärker in den Prozess einbringen und Einfluss nehmen. Und dabei versuchen, Koalitionen mit gleichgesinnten Universitäten zu schließen.

Das Glaubwürdigkeitsdefizit, dem die Universität in der modernen Welt ausgesetzt ist, führt zu einer wachsenden Anzahl von Risiken. Im Folgenden nenne ich einige konkrete Beispiele.

Nach wiederholten politischen Angriffen auf ihre Autonomie und einer Reihe von Kürzungen der staatlichen Mittel für die University of Wisconsin Madison suchte die Universitätsleitung nach einem Weg, „ihr öffentliches Image zu verbessern“ (Knox, 2024). Dazu führte sie eine Umfrage über die Ansichten der Wählerschaft über die Universität durch und startete eine Öffentlichkeitskampagne, die sich an die Wählerschaft von Wisconsin richtete und der Wahrnehmung entgegenwirken wollte, dass die Universität „elitär“ sei und sich isoliere – unter anderem ging es darum zu zeigen, auf welch vielfältige Weise sich die Forschung und die Studierenden bei kommunalen Belangen einbringen, etwa bei der Bewältigung des Klimawandels oder beim Ausbau der Gesundheitsversorgung und Ähnlichem.

An meiner eigenen Alma mater, der University of California, Berkeley, wurden verschiedene Initiativen und Programme implementiert, die Politiker:innen, Gemeindevertreter:innen und Bürger:innen zusammenbringen, um weitreichende lokale Strategien für die Bereiche Klimawandel,

Gesundheitswesen, Wahlbeteiligung, Wohnungsbau, Gewaltverbrechen und andere Problembereiche zu formulieren. Das „Possibility Lab“ organisiert beispielsweise Interaktionen mit regionalen Gemeindemitgliedern, indem es ihre Anliegen und Beobachtungen sammelt, um sie systematisch auszuwerten und in quantitative Maßnahmen und politische Initiativen umzusetzen. „Die Gemeinschaften, die am stärksten von zusammengebrochenen Systemen betroffen sind, werden oft aus den Gesprächen darüber ausgeschlossen, wie Veränderungen herbeigeführt werden können“, erklären die Gründungsdirektor:innen des Projekts. „Die Entwicklung neuer Wege, um sicherzustellen, dass die Gemeinschaften bei den sie betreffenden politischen Maßnahmen ein gewichtiges Wort mitreden können, kann uns zu einer ganzheitlicheren, von den Interessengruppen getragenen Neugestaltung unserer öffentlichen Systeme führen.“ Die Titel von zwei Projekten des Labs verweisen auf die Breite der Agenda: „Reimagining Public Safety in the City of Oakland“ („Die Neugestaltung der öffentlichen Sicherheit in Oakland“) und „Understanding the Conditions for Success in Permanent Supportive Housing“ („Was sind die Erfolgsbedingungen für dauerhafte Wohnhilfe?“).<sup>3</sup>

An der Universität St. Gallen (HSG) in der Schweiz entstand in einem privat finanzierten Neubau namens SQUARE als selbsternanntem „Experimentierfeld“ ein „öffentlicher Ort der Begegnungen und ein Forum des Dialogs – zwischen Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur“. In dem am Anfang des Jahres 2022 eröffneten Gebäude sollen sich „herausragende Köpfe aus Wirtschaft, Politik und Kultur auf Studierende, Dozierende und HSG-Alumni“ treffen. „Ideen und Innovationen entstehen im 21. Jahrhundert in Teams, an der Schnittstelle unterschiedlicher Perspektiven, Interessen und Biografien“.<sup>4</sup>

- 3 Weiterführende Informationen über das Possibility Lab der University of California, Berkeley, und darüber, wie es Demokratie fördert, finden sich auf seiner Webseite: <https://possibilitylab.berkeley.edu/our-work/initiatives/>.
- 4 Weiterführende Information über SQUARE finden sich auf der Webseite: <https://www.unisg.ch/de/newsdetail/news/square-im-neubau-der-universitaet-stgallen-wird-die-zukunft-des-lernens-und-lehrens-erkundet/>.

Zugestanden: Auf unzufriedene Gruppen, beispielsweise konservative Zweifler:innen an der Realität des Klimawandels, zuzugehen und produktive Wege zu finden, um mit ihnen in Kontakt zu treten, stellt sicherlich eine wesentlich größere Herausforderung dar. Die Universitäten müssen bei ihren Bemühungen um eine positive Beeinflussung der Gesellschaft systematischer vorgehen und ihre Glaubwürdigkeit erhöhen, denn sie begegnen einer zunehmend zynischen Sichtweise auf ihre Stellung in der Gesellschaft.

### Die Universität als „Wahrheitsinstanz“

Natürlich kann die Universität nicht jede Rolle erfüllen, die sich unterschiedliche Menschen für sie ausdenken. Wie ich bereits angedeutet habe, hat ihr Überzeugungsvermögen Grenzen. Hart gesottene Links- oder Rechtsextreme beispielsweise sind in ihren Weltanschauungen so fest verankert, dass sie sich in ihnen kurzfristig und vielleicht sogar auch auf längere Sicht nicht ohne Weiteres erschüttern lassen. Damit soll die wichtige Aufgabe der Universität als Wahrheitsinstanz nicht geschmälert werden. Durch Forschung und Vertretung ihrer Interessen in der Öffentlichkeit kann die Universität eine entscheidende Rolle dabei spielen, grobe Unwahrheiten oder sogar nuancierte Lügen und Falschbehauptungen, die für Demokratien so schädlich sind, zu widerlegen oder zu korrigieren.

Dies ist keine leichte Aufgabe in einer Welt der falschen Narrative, die mit den Fortschritten der künstlichen Intelligenz und den immer raffinierteren Deep Fakes noch zunehmen wird. In der Tat stellt es eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, die vergangenen und künftigen Auswirkungen von sozialen Medien und Technologien wie der KI zu verstehen.

Gleichzeitig hängt die Belastbarkeit der Universität als Wahrheitsinstanz davon ab, dass sie ihr Engagement in der Gesellschaft und ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit stärkt. Die wissenschaftlichen Communities müssen sich intensiver darum bemühen, sichtbar zu werden und aus öffentlichen Veranstaltungen und ihren Lehr- und Forschungsprogrammen Orte zu machen, die für alle zugänglich sind und für

eine konstruktive Debatte zur Verfügung stehen. Der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Universität diese Haltung vertritt, muss ein zentrales Anliegen sein.

Wenn ich ein lokales Engagement der Universität fordere und auf den Ausbau ihrer Fähigkeiten zur konstruktiven Kommunikation dränge, heißt das aber keineswegs, dass ich sie als geschützten Ort für die Grundlagenforschung jenseits konkreter Bedürfnisse und Anforderungen eines größeren Kontextes geringschätze. Ebenso wenig als Teil des sich immer weiter entwickelnden globalen Wissenschafts- und Wissenssystems. Denn die Universität ist entscheidend bei der Weiterleitung von globalen Perspektiven auf die lokale Ebene. Außerdem spielt sie eine Schlüsselrolle in der Wissenschaftsdiplomatie sowie bei der Bereitstellung von Kontakten und Unterstützung für Wissenschaftler:innen und Institutionen, die in einer zunehmenden Zahl von illiberalen Demokratien und autokratischen Regimen verfolgt werden.

Die aktuellen geopolitischen Konflikte zeigen, dass wir im Begriff sind, in einen neuen kalten Krieg zu schlittern, der auch an den Universitäten ausgefochten wird. Kriege, Handelssanktionen und neue und wieder aufgewärmte geopolitische Rivalitäten prägen, wie Universitäten weltweit interagieren. Universitäten in der EU haben alle Austausch- und Forschungsbeziehungen mit russischen Universitäten eingestellt; Chinas alles umfassender Sicherheitsapparat und sein Einsatz von Softpower im Ausland sowie die hiesige Furcht vor seiner akademischen Spionage stehen universitären Kooperationen zunehmend im Wege; die Kriege in der Ukraine und in Gaza sowie die politische Unterdrückung in Hongkong, der Türkei und anderswo schaffen eine neue akademische Diaspora.

Das Ergebnis dieser relativ neuen Spannungen ist eine weitere Spaltung und Isolierung von Wissenschaftler:innen, die zunehmend zwischen die Fronten der rivalisierenden globalen Akteure geraten, von denen die einen autokratisch geprägt sind, die anderen sich an den Werten offener Gesellschaften orientieren und wieder andere versuchen, neutral oder bündnisfrei zu bleiben. Man kann nur hoffen, dass die Universitäten in funktionierenden Demokratien wie bereits in der Vergangenheit ihren Beitrag leisten, um diesen Trend durch die Förderung eines offenen Dialogs und durch akademischen Austausch abzumildern; sie müssen

ihren Einfluss und ihre positive Wirkung auf die Gesellschaft in ihrer Heimat, an ihrem Standort ausweiten. Der Gegenwind ist beträchtlich.

Allerdings, und das habe ich versucht, in diesem Aufsatz darzustellen, spielt keine andere Institution – egal ob öffentliche oder private – eine so vielseitige und entscheidende Rolle für demokratische Nationalstaaten wie die Universität. Hier liegt eine wichtige Chance. Die Universität kann und muss sie nutzen – sie muss hier mehr tun!

## Literaturverzeichnis

Acemoglu, D., & Robinson, J. (2012). *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. Crown.

Douglass, J. A. (2023, March 4). New ideas in the face of rankings and “world-class” fatigue. *University World News*.

Douglass, J. A. (Ed.). (2021). *Neo-Nationalism and Universities: Populists, Autocrats, and the Future of Higher Education*. Johns Hopkins University Press, Open Access Project Muse.

Galston W. A., & Kamarck, E. (2022, January 4). Is Democracy Failing and Putting Our Economic System at Risk? Brookings Institute.

Knox, L. (2024, March 19). Can a Marketing Push Solve UW Madison’s Political Woes? *Inside Higher Ed*. <https://www.insidehighered.com/news/government/state-policy/2024/03/19/uw-madisons-marketing-push-against-politicization>

Krull, W. & Brunotte, T. (2021). Turbulent Times: Intellectual and Institutional Challenges for Universities in Germany, Hungary, and Poland. In John Aubrey Douglass (Ed.), *Neo-Nationalism and Universities: Populists, Autocrats, and the Future of Higher Education*, Johns Hopkins University Press, Open Access Project Muse.

Philipp-Muller, A., Petty, R. E., & Lee, S.W. S. (2022, July 12). Why are people antiscience, and what can we do about it?. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 119(30). <https://doi.org/10.1073/pnas.2120755119>

Repucci, S. (2015, August 3). *Democracy Is Good for Business*. Freedom House.



